

ARA Lectures 2011

## OUR COMMON FUTURE GRO HARLEM BRUNDTLAND

12. Oktober, Wien

Vielen Dank für die Einladung nach Wien. Ich freue mich sehr, heute einen Beitrag zu dieser bemerkenswerten Vortragsreihe zu leisten, die durch das tatkräftige Engagement der ARA – und vieler anderer, die heute hier im Publikum sitzen – ins Leben gerufen wurde. Das Thema Ressourcen eröffnet den Vortragenden eine große Bandbreite; das zeigt sich ja auch an den bisherigen Beiträgen zu den ARA Lectures.

An mich wurde die Bitte herangetragen, mich in meinem Vortrag auf das Thema Nachhaltigkeit zu konzentrieren, sowie auf dessen Entwicklung in den letzten 20-25 Jahren, seit der Veröffentlichung des Berichts „Unsere gemeinsame Zukunft“ im Jahr 1987 und der Konferenz von Rio im Jahr 1992.

Angesichts der bestehenden riesigen Herausforderungen müssen wir weltweit eine viel höhere Bereitschaft mobilisieren, unsere Werte zugunsten des Allgemeinwohls zu wandeln und neue Prioritäten zu setzen. Auch müssen wir in gemeinsamer Verantwortung unser Wissen erweitern und vertiefen und dieses Wissen über alle Grenzen hinweg zugänglich machen. Nur so können die Bedürfnisse heutiger sowie künftiger Generationen gesichert werden.

Eine Lösung der Probleme unserer Zeit ist nur möglich, wenn sich der öffentliche und der private Sektor gemeinsam engagieren und eng zusammenarbeiten. Hier sind Leadership und große Entschlossenheit auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene gefragt.

Denn wie wir alle wissen ist der Mensch von der Natur abhängig – sie ist und bleibt die Basis für die Zukunft der gesamten Menschheit.

Mein Entschluss, Ärztin zu werden und mich mit dem Thema öffentliche Gesundheit zu befassen, beruhte auf meinen starken Überzeugungen und meinem Glauben an soziale Gerechtigkeit, die angeborenen Rechte jedes und jeder Einzelnen sowie an die persönliche Verantwortung für die Umsetzung positiver Veränderungen. Diese Werte begleiten mich seit meinen Kindertagen.

Meiner Wahrnehmung nach hatten diese Werte – menschliche Würde, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, eine faire und gerechte Gesellschaft – immer schon eine internationale Dimension. Sie waren nicht etwas, das nur in meiner eigenen Nachbarschaft oder meinem eigenen Land Gültigkeit hatte: Sie waren und sind im wahrsten Sinne des Wortes universell.

An der Harvard School of Public Health verbrachte ich eine prägende Zeit, ich traf dort erfahrenere Kolleginnen und Kollegen aus aller Welt, mit unterschiedlichem kulturellem und religiösem Hintergrund. Das hat mich nachhaltig geprägt, meine internationale Perspektive vertieft, und mich auf ein langes Arbeitsleben im Dienste der Öffentlichkeit vorbereitet, sowohl in Norwegen als auch auf globaler Ebene.

Ich war im öffentlichen Gesundheitswesen, im Gesundheitsministerium und im Schulgesundheitsbereich der Stadt Oslo tätig, als ich eines Tages im Jahr 1974 aus heiterem Himmel in das Büro des norwegischen Premierministers berufen wurde, wo man mich fragte, ob ich Regierungsmitglied werden wolle – und zwar nicht Gesundheitsministerin, wie sich herausstellte, sondern Umweltministerin. Damals, vor mehr als 35 Jahren, war ich erst 35 Jahre alt. Die Entscheidung, in die Politik zu gehen, stellte sich als Wende in meinem Leben heraus, die den Rest meines (Arbeits-)Lebens und mein Weltbild prägen sollte.

Der anfängliche Schock, mich in einer völlig neuen Situation wiederzufinden und vor riesigen neuen Herausforderungen zu stehen, klang rasch ab. Ich erkannte, dass ich meinen Hintergrund in Medizin und

öffentlichem Gesundheitswesen als großes Plus schätzen und voll nützen musste, anstatt mich handlungsunfähig zu fühlen, weil ich keine Expertin für das Umweltressort war. Schließlich ist die Umwelt unser aller Lebensraum, und unsere Sorge um sie ist eng damit verknüpft, dass wir die bestmöglichen Bedingungen für menschliches Leben – jetzt und in Zukunft – schaffen möchten.

In den 1980er Jahren hatte ich die Ehre, Vorsitzende der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung zu sein, die den Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ verfasste. Dieser Bericht hat seine Aktualität bis heute nicht eingebüßt, beinahe 25 Jahre nach seiner Veröffentlichung übt er nach wie vor politischen Einfluss in aller Welt aus.

Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung wurde von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Sie hatte 22 Mitglieder aus aller Welt. Manche von uns kamen aus dem Umweltbereich, andere aus den Bereichen Entwicklung, Finanz oder Naturwissenschaften. Die meisten Kommissionsmitglieder stammten aus Entwicklungsländern. Das war eine Bedingung, die ich gestellt hatte, denn mir war wichtig, dass die Zusammensetzung des Gremiums die realen Verhältnisse widerspiegelt.

Der breit angelegte, globale Prozess des Lernens und Erfahrungsaustauschs, mit dem wir unsere Arbeit begannen, erwies sich als ganz wesentlich für uns, denn dieser Prozess erlaubte es uns, einen einstimmigen Abschlussbericht zu verfassen, in dem die wichtigsten Fragen unserer Zeit angesprochen wurden: Wie lassen sich die Ansprüche und Bedürfnisse der Menschheit mit der Tragfähigkeit dieser Erde vereinbaren? Und wie stellen wir eine gerechtere Verteilung der Ressourcen sicher – und zwar sowohl innerhalb und zwischen den Ländern als auch innerhalb und zwischen den Generationen?

Solche Prozesse, in denen viele Faktoren zu berücksichtigen sind und die sowohl den privaten als auch den öffentlichen Sektor umfassen, sind für die Lösung unserer heutigen, scheinbar unüberwindlichen Probleme genauso wichtig und notwendig wie damals.

In unseren Bericht warnten wir vor dem bestehenden Trend zu globaler Erwärmung, vor Desertifikation, Waldsterben, Wasserknappheit, dem Fehlen sauberer Energieformen und vor der Bedrohung für die Biodiversität. Auch die heutigen Trends sind nicht als nachhaltig zu bezeichnen, die Klimabedrohung ist ein reales und dringliches Problem. Zugleich sind unsere gemeinschaftliche Handlungsfähigkeit und unser Verantwortungsgefühl nicht so weit entwickelt, dass wir die ganz offensichtlich erforderlichen Veränderungen bewirken könnten.

In meinem Vorwort zu dem Bericht machte ich eines klar: Wenn wir es nicht schaffen, mit unseren Worten die Köpfe und Herzen der Menschen zu erreichen – der Alten wie der Jungen – dann werden wir auch nicht in der Lage sein, die umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen in Gang zu setzen, die für eine Kurskorrektur erforderlich sind. Unsere innere Haltung, unsere gesellschaftlichen Werte und unsere Ziele lassen sich nur mit großangelegten Bildungsoffensiven, öffentlichem Diskurs und breiter Bürgerbeteiligung verändern. In letzter Konsequenz läuft es darauf hinaus: Wir müssen ein Gefühl für unsere gemeinsame Verantwortung entwickeln. Das ist in dieser vernetzten Welt ganz wesentlich.

Vor dieser Herausforderung stehen wir heute noch immer. Obwohl viele Initiativen gesetzt wurden und auf unterschiedlichen Ebenen in aller Welt viele politische Kursänderungen vorgenommen wurden, ist noch viel mehr politischer Wille und viel größere Entschlossenheit vonnöten, um die Rechte unserer Bürgerinnen und Bürger – jetzt und in Zukunft – zu sichern.

Viele von Ihnen erinnern sich bestimmt noch an den Leitspruch „global denken – lokal handeln“, der in den Jahren kurz nach der Veröffentlichung unseres Berichts und rund um die Konferenz von Rio populär wurde. Dieser Leitspruch war inspirierend und brachte es auf den Punkt. Zu beherzigen ist er nach wie vor. Zugleich hatte ich aber immer das Gefühl, dass ein anderer Leitspruch ebenso treffend und relevant gewesen wäre, und zwar „global handeln – lokal denken“.

Wenn man in lokalen Dimensionen denkt, wird einem klar, dass die Menschen hier vor Ort leben und ihre Umwelt beeinflussen und gestalten – und zwar hier. Was immer Sie beschließen, in dieser Stadt zu tun: Das prägt die

Zukunft, wirkt sich auf das Stadtleben aus, auf die Parks und Straßen, auf das Verkehrssystem. Es prägt den Spielraum und die Lebensgrundlagen der Bewohner dieser Stadt.

Die Veränderungen, die wir auf lokaler Ebene einleiten, seien sie nun groß oder klein angelegt, können sich wiederum positiv auf die globale Situation auswirken: weniger Wasser- und Luftverschmutzung, ein Rückgang beim Energieverbrauch (mit seinen Konsequenzen für Erderwärmung und Klimawandel).

Über den Beitrag hinaus, den wir alle zu einer nachhaltigeren Entwicklung in den Städten und Gemeinden leisten können, müssen wir zugleich global handeln. Das zeigt sich ganz deutlich daran, wie langsam globale Übereinkünfte erzielt und Zugeständnisse an die gemeinsame Sache ausverhandelt werden. Die wechselseitige Abhängigkeit in unserer modernen globalisierten Welt ist unübersehbar, besonders auch wenn wir an das Thema Sicherheit denken.

Zahllose Institutionen, einschließlich des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), haben großen Aufwand getrieben, um zu einer Einschätzung der Lage 20 Jahre nach dem Brundtland-Bericht zu gelangen. Sie alle bestätigen, dass unser heutiger Wissensstand im Vergleich zu damals eindrucksvoll ist. Dem Sammeln und Auswerten von Daten wurden enorme Anstrengungen gewidmet. Auch wurden viele neue, zum Teil internationale Institutionen geschaffen. Forschungs- und Bildungseinrichtungen haben sich ebenfalls des breiten Themenspektrums der nachhaltigen Entwicklung angenommen.

Im Lauf der Zeit wurden echte Fortschritte erzielt. Die Lebensumstände vieler Menschen, die in Armut leben, konnten entscheidend verbessert werden. Im Jahr 2000 verpflichteten sich die Regierungen der Welt auf dem UN-Millenniumsgipfel, die Anzahl der Menschen unter der Armutsgrenze bis zum Jahr 2015 (im Vergleich zu den Zahlen aus 1990) zu halbieren. Heute scheint dieses Ziel durchaus erreichbar. Die Kindersterblichkeit ist um ein Viertel gesunken. Einige der ärmsten Länder, darunter Burundi, Ruanda, Samoa und Tansania, haben die Zielsetzung einer allgemeinen (verpflichtenden) Grundschulbildung bereits ganz oder beinahe erreicht. Im Sekundarschulbereich konnte der Anteil der Mädchen im Vergleich zu Buben von 76% auf 95% erhöht werden.

Das Millenniums-Entwicklungsziel, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sicherem Trinkwasser zu halbieren, ist zwar global gesehen erreichbar, jedoch sind die diesbezüglichen Fortschritte in Asien um vieles größer als in Afrika. Der Zugang zu Sanitäreinrichtungen hat sich ebenfalls verbessert, jedoch nicht in ausreichendem Maß für die Erreichung des Entwicklungsziels, dem zufolge der Anteil der Weltbevölkerung ohne diesen Zugang bis 2015 nur noch halb so groß sein sollte wie im Jahr 1990.

Auch im Umweltbereich konnten durch politische Maßnahmen positive Veränderungen erzielt werden, nicht zuletzt in den OECD-Ländern. Das Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht wurde bereits 1987 verabschiedet. Seit den späten 1980-er Jahren wurden auch wirksame Maßnahmen gegen den sauren Regen und die grenzüberschreitende Luftverschmutzung ergriffen. Das Vorkommen von Schwermetallen (wie Blei, Kadmium und Quecksilber) und der Einsatz von Giftstoffen (wie DDT und PCB) konnten ebenso drastisch verringert werden. In Asien (und vor allem in China) wurden seit 1990 netto Waldbestände aufgebaut.

Es war schon eindrucksvoll, dass es nur fünf Jahre nach unserem wegweisenden Bericht bei der Konferenz von Rio gelang, weitere wichtige Übereinkommen (die Klimarahmenkonvention, die Biodiversitätskonvention sowie die Agenda 21) auszuhandeln. Doch die wichtigsten Probleme, die meine Kommission damals in den 1980ern benannte, sind heute noch immer ungelöst. Einige dieser Probleme haben sich aufgrund negativer Trends (etwa in den Bereichen Biodiversität, Bevölkerungswachstum und Energie) sogar weiter verschärft.

Die Welt ist von einem nachhaltigen Entwicklungspfad weit entfernt. Der globale Fortschritt bei der Armutsbekämpfung ist vor allem auf positive Entwicklungen in China und Indien zurückzuführen, während die afrikanischen Länder südlich der Sahara hinterher hinken. In den Entwicklungsländern leidet knapp ein Viertel der Kinder vor dem vollendeten fünften Lebensjahr an Untergewicht. Landbesitz ist für die Mehrheit der Bäuerinnen nach wie vor kein Thema. 1,3 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Energieversorgung. Die

Treibhausgaskonzentration ist ebenfalls gestiegen, und zwar von 350 ppm im Jahr 1987 auf 390 ppm. Schätzungen zufolge werden die Emissionen, trotz der derzeit in Kopenhagen ausgehandelten Verpflichtungen, weltweit bis 2035 um weitere 21% ansteigen.

Energie-, Nahrungsmittel-, Land- und Wasserknappheit stellen für alle Länder, reiche wie arme, eine große Herausforderung dar. Die Waldbestände schrumpfen rasch. Zum Schutz der Meere und der marinen Ressourcen bedarf es dringend entschlossenerer Maßnahmen. Nachhaltige Entwicklung war lange (und ist zum Teil auch heute) nur im Umweltressort ein Thema. Inzwischen jedoch räumen die Regierungen dem Thema Ressourcenknappheit (z.B. Erdöl, Nahrungsmittel und Wasser) höhere Priorität ein, was neuen Schwung in die gesamte Nachhaltigkeitsdebatte bringt.

Der Bericht der Weltkommission wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als den Menschen zunehmend bewusst wurde, dass wir nur diese eine Welt haben, und was wir riskieren, wenn wir unsere Nutzung der natürlichen Ressourcen nicht an die langfristigen Möglichkeiten des Planeten anpassen.

Zugleich war auch klar, dass die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung an der Überbeanspruchung unserer begrenzten Ressourcen nur einen winzigen Anteil hat. Chancenungleichheit und ungleiche Verteilung waren auch damals das Kernproblem.

25 Jahre später ist uns das noch bewusster: Wie können die Bedürfnisse der heutigen Generationen gedeckt werden, ohne dass damit künftigen Generationen ihre Chance auf Deckung der Bedürfnisse genommen wird? Nachhaltige Entwicklung ist ein politisches Konzept, das auf Gleichheit und Gerechtigkeit sowohl innerhalb als auch zwischen den Generationen beruht.

Zur Überraschung vieler malte unser Bericht kein Bild des Untergangs und der Niederlage an die Wand, sondern übermittelte eine kraftvolle Botschaft der Hoffnung. Zwar bestand durchaus die Möglichkeit, dass der Mensch das globale Gleichgewicht zwischen Mensch und Biosphäre zerstört. Zugleich hatte die Menschheit aber auch nie bessere Chancen und Voraussetzungen, dieses fragile Gleichgewicht zu erhalten. Heute, 25 Jahre später, lässt sich festhalten, dass wir in einigen Bereichen Fortschritte erzielen konnten und in anderen weit hinterher hinken.

Die Armutsbekämpfung ist nach wie vor unsere größte Herausforderung. Bald werden auf der Erde sieben Milliarden Menschen zusammenleben, von denen viele durch einen Mangel an lebensnotwendiger Nahrung, Wasser und Sicherheit bedroht sind.

Glücklicherweise verzeichnen viele Länder ein lebhaftes Wirtschaftswachstum. Hunderte Millionen Menschen können der Armutsfalle entkommen und ein Leben in Anstand und Würde führen – und diese Veränderungen gehen innerhalb einer einzigen Generation vor sich. Dies trifft vor allem auf Asien zu. Diese Entwicklung kann als die wichtigste Ausweitung des Wohlstands in der Menschheitsgeschichte bezeichnet werden.

Zugleich befinden sich jedoch viele Länder Afrikas in einem Teufelskreis aus negativem Wachstum, was dazu führt, dass die Menschen dort, an den Rändern des globalen Wirtschaftssystems, großem Leid ausgesetzt sind. Der Klimawandel ist zwar das komplexeste Problem, mit dem die internationale Gemeinschaft konfrontiert ist, doch die bittere Armut, die insbesondere in Afrika herrscht, ist die größte Ungerechtigkeit unserer Zeit.

In vielen Ländern und Kulturen werden Frauen und Mädchen nach wie vor diskriminiert und unmenschlich und erniedrigend behandelt. Doch in welchen Ländern ist das Wirtschaftswachstum am höchsten? In den Ländern, wo es Bemühungen um die Chancengleichheit von Frauen und Männern gibt. Die Gleichberechtigung erweist sich auch als Wettbewerbsvorteil, wie sich an den skandinavischen Ländern zeigt.

Mit ihren Werten wie sozialer Kohäsion und einer gleichberechtigten Rolle der Frau sowohl in der Gesellschaft als auch im Arbeitsleben gehören die skandinavischen Staaten zu den Ländern mit der höchsten Produktivität. Viele Jahre lang hatte man geglaubt, dass öffentliche Investitionen beschränkt sein sollten, damit die privaten Investitionen angekurbelt werden, und das führte zu dem Fehlschluss, dass Systemen wie den skandinavischen

Wohlfahrtsstaaten keine Vorbildwirkung zukommt. Heute zeigt sich (unter anderem anhand von OECD-Studien) dass das Gegenteil der Fall ist.

Einige der Millenniums-Entwicklungsziele beziehen sich auf das Thema Gesundheit. Die Gesundheitssituation der Bevölkerung ist für alle Staaten der Erde ein ganz wesentliches Thema. Kein nationales Gut hat einen höheren Wert als eine gesunde, gebildete Bevölkerung. Wenige Investitionen bringen höhere Renditen als Investitionen in Gesundheit und Bildung. Länder, in denen jetzt Armut und Krankheit vorherrschen, können es mit politischen Maßnahmen in genau diesen Bereichen schaffen, den Teufelskreis zu durchbrechen und eine positive Entwicklung in Gang zu bringen.

Während meiner Tätigkeit bei der WHO befasste ich mich mit den Zusammenhängen zwischen Gesundheit und Wirtschaft. Ich war überzeugt, dass Investitionen in das Gesundheitswesen nicht nur einen Wert für sich darstellen, sondern auch positive wirtschaftliche Auswirkungen haben. Die von mir ins Leben gerufene Kommission für Volkswirtschaft und Gesundheit, bei der Professor Jeffrey Sachs den Vorsitz hatte, gelangte zu dem Schluss, dass wir unsere Sicht der Dinge erweitern sollten. Die gängige Meinung war, dass Armut zu Krankheit führt, was natürlich stimmt. Ebenso richtig ist jedoch, dass Investitionen und Verbesserungen im Gesundheitswesen das Wirtschaftswachstum ankurbeln und zu höherer Produktivität führen.

Viele der Herausforderungen im Bereich nachhaltiger Entwicklung können innerhalb einzelner Sektoren und von einzelnen Ländern gelöst werden. Viele andere Herausforderungen lassen sich nur von mehreren Ländern gemeinsam lösen. Für den Klimawandel gilt das jedoch nicht. Hier sind wir alle betroffen. Niemand kann sich davor verstecken oder sich Schutz davor erkaufen.

Es ist heute nicht mehr möglich, den Ernst der Lage in Zweifel zu ziehen. Bei der Energieversorgung können wir einfach nicht mehr auf Erdöl und Kohle setzen. Energieversorgung wird jedoch für alle – Arme wie Reiche – ein zentrales Thema bleiben. Technologien zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien sind heute an sich bereits verfügbar. Mit vielen dieser Technologien ist es möglich, Energie zu sparen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, und das ohne zusätzliche Kosten oder sogar mit Gewinn.

Was jedoch ganz grundsätzlich fehlt, sind vernünftige politische Maßnahmen und Strategien zur Markteinführung. Ändern wird sich das durch Best-Practice-Lösungen, neue regulatorische Anreize, Standards und eine viel stärkere internationale Zusammenarbeit.

Der wachsende globale CO<sub>2</sub>-Markt wird einen wesentlichen Einfluss auf den Einsatz der bestehenden Technologien ausüben und sich auf die Investitionsbereitschaft des privaten und öffentlichen Sektors auswirken. Dieser Markt kann beträchtliche – und dringend benötigte – Investitionsflüsse in die Entwicklungsländer generieren. Dabei ist es ganz wichtig, dass langfristig politische Klarheit und Sicherheit bezüglich der Ausrichtung des CO<sub>2</sub>-Markts hergestellt wird, sowohl für die Entwicklungsländer als auch für die Industriestaaten. Für kosteneffiziente massive Emissionssenkungen müssen die Kräfte des Marktes genutzt werden.

Global gesehen ist das Potenzial für Energieeinsparungen enorm groß. In den USA beispielsweise ist die Energieeffizienz halb so groß wie in Japan, in China beträgt sie gar nur ein Neuntel. Kernstück unserer Klimastrategie muss also eine drastische Verbesserung der Energieeffizienz sein. Dadurch lassen sich auch die Energiesicherheit verbessern und nachhaltige Entwicklung fördern.

Der zweite Grundstein eines neuen und nachhaltigeren globalen Energiesystems ist die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien. Ehrgeizigen Szenarien zufolge könnten im Jahr 2050 bereits 50% des globalen Energieangebots auf erneuerbare Energien entfallen.

Im August letzten Jahres rief der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, ein hochkarätig besetztes Gremium zum Thema globale Nachhaltigkeit ins Leben, das sich dem Zusammenspiel verschiedener globaler Herausforderungen widmen sollte: Klimawandel, wachsende Umweltschäden, fortbestehende Armut sowie Regierungs- und Verwaltungssysteme, die sich nicht auf die erforderlichen Maßnahmen einigen können.

Wichtigste Aufgabe dieses Gremiums ist es, ein neues Leitbild für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand zu formulieren sowie Maßnahmen zu dessen Umsetzung zu entwerfen.

Ein Vierteljahrhundert ist vergangen seit sich die Welt erstmals mit den Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung befasst hat. Viele dieser Herausforderungen bestehen heute nach wie vor, manche sind in der Zwischenzeit noch größer und dringlicher geworden, und es sind neue dazugekommen. Ich glaube, die Zeit ist reif, dass wir diese Themen im Bewusstsein ihrer Dringlichkeit neu aufrollen.

Es ist mir eine Ehre, zu den 21 Mitgliedern des genannten Gremiums zu gehören, in dem sich die finnische Präsidentin, Tarja Halonen, und der Präsident Südafrikas, Jacob Zuma, den Vorsitz teilen. Unser Bericht sollte planmäßig im Jänner des nächsten Jahres fertig sein, rechtzeitig zur Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung im Jahr 2012, Rio+20.

Meiner Einschätzung nach besteht eine breite Übereinkunft darüber, dass das Konzept der nachhaltigen Entwicklung weiterhin gültig und nützlich ist. Es gibt also keinen Grund, das Rad neu zu erfinden. Auch denke ich, dass wir uns auf bereichsübergreifende Themen konzentrieren müssen, und darauf, wie sich die drei Komponenten nachhaltiger Entwicklung – Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit – langfristig miteinander vereinbaren lassen.

Die Arbeit des Gremiums stellt eine neue Chance dar, die künstliche Trennung zwischen der Umwelt- und der Entwicklungsthematik aufzuheben und wirklich ganzheitliche Lösungsansätze für die Probleme Armut, Ungleichheit, Klimawandel und Umweltzerstörung zu entwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten wir zum einen verstehen, warum uns das in der Vergangenheit nicht gelungen ist, zum anderen müssen wir Beispiele dafür finden, wo ein solcher integrierter Ansatz bereits erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Nun gibt es die Befürchtung, dass eine auf Nachhaltigkeit ausgelegte Wirtschaft nur zwei der drei Komponenten nachhaltiger Entwicklung berücksichtigt. Aus meiner Sicht können wir selbstverständlich nicht umhin, unsere Wirtschaftssysteme langfristig „grüner“ zu gestalten. Zugleich dürfen wir aber nie die soziale Dimension aus den Augen verlieren. Soziale Gerechtigkeit, Empowerment von Frauen und Investitionen in die Gesundheit und Bildung der Menschen sind ganz wesentliche Faktoren. Das gilt sowohl in der Armutsbekämpfung als auch für den Aufbau einer durch Resilienz und Nachhaltigkeit gekennzeichneten Gesellschaft.

Im Vorfeld der Konferenz Rio+20 im nächsten Jahr thematisiert nun der UN-Generalsekretär „Energie für alle“. Weshalb? Weil Energie Fortschritt bedeutet. Energie bildet die Grundlage für viele der ureigensten Interessen jedes Landes, sei das nun die Schaffung von Arbeitsplätzen oder die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, seien es Maßnahmen zur Eindämmung der Luftverschmutzung oder die Stärkung der Rolle der Frau. Heute leben rund 1,3 Milliarden Menschen ohne Stromversorgung. Mehr als 40% verwenden nach wie vor hauptsächlich feste Brennstoffe, wie Holz, Kohle oder Holzkohle. Nachhaltige Energie ist unerlässlich im Kampf gegen Armut und gefährliche Klimaveränderungen.

Jedes Jahr investieren Privatunternehmen rund 5 Billionen US-Dollar in Energieinfrastrukturprojekte. Wenn auch nur ein Bruchteil dieser Summe – rund 2% – umgewidmet würde, könnte die Vision eines nachhaltigen Energiesystems Wirklichkeit werden.

Für die Erschließung und Nutzung emissionsarmer, nachhaltiger Energiequellen müssen weltweit dringend Anreize und ein förderliches Umfeld geschaffen werden, damit es in Zukunft mehr Sicherheit und Wohlstand gibt. Dazu bedarf es neuer Finanzierungsmechanismen, die kommerzielle Investitionen in erneuerbare Energie anregen.

Heute werden Energiesubventionen vor allem für fossile Brennstoffe vergeben. Berechnungen zufolge belaufen sich die jährlichen Subventionen auf 300 bis 550 Milliarden US-Dollar (je nach Ölpreis). Dieser Umstand ist ganz offensichtlich nicht nachhaltig und muss geändert werden, damit Ressourcen frei werden für Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien und für weltweit einsetzbare niedrigpreisige Technologien. In

einigen Ländern, etwa in Indonesien, wurden im Zuge von Subventionsreformen auch Maßnahmen zur sozialen Absicherung und Armutsbekämpfung ergriffen, sodass in Armut lebende und besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen nicht zu Schaden kommen, sobald die Fördermittel versiegen.

Nun zeigt sich, dass die Konjunkturerholung in immer mehr Ländern ins Stocken gerät. Kapitalressourcen liegen zunehmend brach und werden nicht gewinnbringend investiert. China ist eine weitreichende Verpflichtung zu kohlenstoffarmer Energie eingegangen, und in Indien herrscht wachsende Besorgnis über die chronische Energieknappheit.

Es ist also höchste Zeit für neue Initiativen – Initiativen, mit denen die Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit des öffentlichen und privaten Sektors geschaffen werden, um Investitionen in nachhaltige Energiesysteme zu fördern, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln, Energiearmut bekämpfen und Emissionen eindämmen.

Von den Organisatoren der heutigen ARA Lecture wurde ich gefragt, weshalb es uns auch 20 Jahre nach Rio nicht gelungen ist, unsere Gewohnheiten und unseren Lebensstil zu verändern und die Voraussetzungen für eine nachhaltige Zukunft zu schaffen. Sind es politische, gesellschaftliche oder technologische Faktoren, die uns daran hindern?

Meiner Ansicht nach sind alle oben genannten Faktoren dafür verantwortlich. Unsere Probleme überfordern die Lösungskapazitäten der gegenwärtigen Regierungs- und Verwaltungssysteme. Das gilt wohl für die meisten Länder dieser Welt. Vor allem aber fehlt uns das Vermögen, wirklich global zu denken und zu handeln, es fehlt die viel beschworene „global governance“.

Daher sind wir alle aufgerufen, unser Möglichstes zu tun, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden – als Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, NGOs, Universitäten ebenso wie als Führungskräfte aus Wirtschaft und Politik.

Was mich optimistisch stimmt, ist das vielerorts zunehmende öffentliche Interesse an diesen Themen. In vielen Ländern der Welt werden Veränderungen in die Wege geleitet, nicht zuletzt auch in den Schwellenländern. Das Gastgeberland der Konferenz Rio+20, Brasilien, ist ein gutes Beispiel dafür.

Umfragen zufolge legen die Europäerinnen und Europäer großen Wert auf eine intakte Umwelt und sind sich zunehmend bewusst, wie wichtig diese für ihr eigenes Leben ist. Zudem wissen die meisten über ihre persönliche Verantwortung für den Umweltschutz Bescheid. Nach den wichtigsten Einflussfaktoren für ihre Lebensqualität gefragt, erachten sie Umweltbelange als gleichrangig mit Wirtschaftsangelegenheiten, was als durchaus fortschrittlich zu bezeichnen ist. Auch schätzen sie Umweltmaßnahmen als innovationsfördernd und nicht als zwangsläufig hinderlich für die Wirtschaft ein.

In den Vereinigten Staaten verläuft der öffentliche Diskurs ganz anders – und deutlich kontroversieller. Angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse sollte es heute eigentlich undenkbar sein, den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel in Frage zu stellen. Doch genau dies geschieht bei Debatten der republikanischen Partei im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr.

Heute ist ganz offensichtlich, dass alle Länder der gestiegenen wechselseitigen Abhängigkeit Rechnung tragen müssen. Ich bin überzeugt davon, dass ein höheres Maß an gemeinsamer Verantwortung – innerhalb einzelner Staaten und auf internationaler Ebene – wirklich unabdingbar ist, wenn unsere Zukunftsgestaltung auf mehr Sicherheit und Wohlstand ausgerichtet sein soll.

Wir müssen die moralische und wissenschaftliche Basis dafür schaffen, dass wir über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinweg mehr gemeinsame Verantwortung übernehmen. Daran führt kein Weg vorbei. Dies haben uns die Erfahrungen der letzten hundert Jahre gelehrt. Nun ist jede und jeder Einzelne dazu aufgerufen, einen Beitrag dazu zu leisten – in unserer eigenen Gesellschaft und über alle Grenzen hinweg.